

Bezugspreis:

Bezugspreis: 1. - 1/2, monatlich 2. - 1/2, ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 15. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Keine Arbeiterkonferenz in Washington?

Im Anschluß an die Nachricht, daß Deutschland und Österreich nicht offiziell zur Teilnahme an der Arbeiterkonferenz in Washington eingeladen werden sollen, erzählt „Stockholms Dagblad“ vom Reichstagsabgeordneten Hermann Lindquist, dem Vorsitzenden der schwedischen Landesorganisation, daß die Arbeiter der skandinavischen Länder sich unter diesen Umständen nicht an der genannten Konferenz beteiligen würden.

Lian, der Vertreter der norwegischen Landesorganisation, nahm seine Rede nur unter der Bedingung an, daß auch die deutschen und österreichischen Arbeiter an der Konferenz in Washington teilnehmen dürfen. Auch die dänischen Arbeiter haben beschlossen, nicht nach Washington zu gehen, weil der Ausschluss der deutschen und österreichischen Arbeiter in Widerspruch mit den auf der sozialistischen Konferenz in Amsterdam gefassten Beschlüssen stehe.

Dieser Beschluss der skandinavischen Genossen ist in mehrfacher Hinsicht von nicht zu unterschätzender Tragweite: Zunächst beweist er das Wiedererwachen des Solidaritätsgedankens der internationalen Arbeiterschaft, was im Interesse der Arbeiter aller Länder außerordentlich zu begrüßen ist; sodann aber ist er, konsequent durchgeführt, geeignet, die Washingtoner Arbeiterkonferenz überhaupt in Frage zu stellen.

Die skandinavischen Parteigenossen haben erkannt, daß eine Konferenz ohne die deutschen und österreichischen Genossen nicht den Namen einer „internationalen“ verdienen würde, und aus dieser Erkenntnis heraus ist ihr Entschluß zu erklären. Vielleicht ist ihr tapferes und solidarisches Vorgehen geeignet, den in nationalistisch-entworfene Denkwesen Genossen der Entente die Augen zu öffnen.

Die Kosten der A.- und S.-Räte.

Der Nationalversammlung ist eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums zugegangen, die über die Kosten Auskunft gibt, welche durch die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte entstanden sind. Eine genaue Rechnungsablegung ist zurzeit nicht zu erhalten.

Aus der Denkschrift geht hervor, daß die Kosten der A.- und S.-Räte beim Belagungsheer 88 Millionen und beim Feldheer 44 Millionen betragen. 18 Millionen sind Aufwandsentschädigungen in den Grenzen der Festsetzungen der Reichsregierung; 37 Millionen wurden für die Zahlung höherer Gehaltsanteile, als die Räte für sich fordern konnten, aufgegeben; 35 Millionen fielen auf Verluste durch widerrechtliche Aneignung und Verschleudern von Heeresgut, 2 Millionen bildeten unverrechnete Vorschüsse. Hierzu kommen für die Marine reichliche 24 Millionen Ausgaben.

Soweit die Denkschrift. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese sehr lückenhafte Mitteilung des Finanzministeriums, die an Klarheit außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt, von der reichsständischen Presse zu einem erneuten Verleumdungsfeldzug gegen die A.- und S.-Räte benutzt werden wird. Deshalb sei folgendes festgestellt:

Die Summe von circa 94 Millionen Mark beträgt wenig mehr als zehn Prozent der seinerzeit von unverantwortlicher Seite aufgestreuten und von der ganzen sozialdemokratischen Presse aufgenommenen Szenarienachricht von den 800 Millionen, welche die „betrügerischen“ A.- und S.-Räte in ihre Taschen gesteckt hätten. Die Rechnung, die, wenn wir nicht irren, im März d. J. zum ersten Male auftauchte, trug den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirn. Damals war der Kasernenbetrieb in den einzelnen Regimenter, Abteilungen, Jahneisereien usw. noch in einem so völligen Zustande der Verwirrung, daß an eine den Tatsachen entsprechende Berechnung der wirklich gemachten Ausgaben für die A.- und S.-Räte gar nicht gedacht werden konnte.

Sinnvoll kam folgendes: Grundsätzlich erhielten die S.-Räte ihre Entschädigung seitens der Kasernenverwaltungen der militärischen Stellen, während die A.-Räte meist ihre Aufwandsentschädigungen durch einen Zuschuß seitens der städtischen Magistrate erhielten. Lediglich die S.-Räte, die von den einzelnen Truppenteilen abkommandiert waren und gemeinsam mit den städtischen A.-Räten an der Stadtverwaltung, der Kontrolle der Kommunalangelegenheiten usw. beteiligt waren, erhielten ihre Aufwandsentschädigung seitens der städtischen Behörden. Um nun eine geordnete Uebersicht über die Ausgaben der A.- und S.-Räte zu erlangen, mußten die einzelnen Truppenkörper mit den städtischen Gemeindeverwaltungen in Verbindung treten und gemeinsam die gemachten Ausgaben berechnen. Das war im Frühjahr dieses Jahres aber noch eine technische Unmöglichkeit.

Ein Teil der nunmehr einigermaßen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend reduzierten Summe ist auf unrechtmäßige Weise von den A.- und S.-Räten verwendet worden, indem sich diese teilweise höhere Aufwandsentschädigungen bewilligten, teilweise das ihnen anvertraute Heeresgut verschleuderten. Kein rechtlich Denker wird dieses Vorgehen der A.- und S.-Räte billigen. Aber es darf eins nicht übersehen werden: Durch ihre Tätigkeit haben die A.- und S.-Räte der deutschen Republik Güter im Werte von Milliarden gerettet, zu denen die von einigen A.- und S.-Räten widerrechtlich ausgegebenen Summen in keinem Vergleich stehen.

Wie lagen denn die Dinge damals? Als Folge der unseligen Kriegspolitik der wilhelminischen Epoche stürzte das ganze Gebäude, das aus Granit errichtet zu sein schien und doch nur ein schlechtesvermautes Kartonsbau war, mit einem Schläge am 9. November zusammen. Diejenigen, die sich bisher als die „Führer“ des deutschen Volkes hatten bezeichnen lassen, desertierten oder wurden von der empörten Volksmasse zum Teufel gejagt. Ratlos stand der überwiegende Teil der herrschenden Klasse vor dem Ereignis, und der Ausblick der Nation schien zu trüben. Das aber hätte den Tod des deutschen Volkes bedeutet. Da entstand ganz spontan aus der Volksseele heraus der Wunsch, praktische Arbeit zu leisten und an den Aufbau des Staates heranzugehen. Aus ihrer Mitte heraus wählten sich die Massen des Volkes Männer, die von ihrem Vertrauen getragen waren, und denen sie die politische Macht übertrugen. Die Forderung, die von den Kommunisten in sinnloser, weil undemokratischer Weise noch heute erhoben wird: „alle Macht den A.- und S.-Räten“, wurde am 9. November buchstäblich erfüllt. Im gewissen Sinne hatten wir damals die proletarische Diktatur, die von Engels wohl als Zustand gebilligt, als Regierungsform aber verworfen wird. Niemals vorher in der Geschichte Deutschlands ist so gewaltige Arbeit geleistet worden wie durch die A.- und S.-Räte in den ersten Wochen und Monaten nach der Revolution.

Es sei ohne weiteres zugegeben, daß nicht immer an der richtigen Stelle die richtigen Leute standen. Unter Wille aber

Sächsischer Landesparteitag.

Der sächsische Landesparteitag der Sozialdemokratie trat gestern in Dresden unter sehr starker Teilnahme zusammen. Im Mittelpunkt steht das Referat des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer über die politische Lage in Sachsen, das die Entscheidung über die Neubildung der sächsischen Regierung bringen wird. Vom Parteivorstand nimmt Genosse Otto Weiss an den Beratungen teil. Auch der Reichswehrminister Noske, der bekanntlich sächsischer Abgeordneter ist, ist zugegen.

Die Rede Noskes.

In der Nachmittagsveranstaltung hielt Reichswehrminister Noske eine Rede ungefähren folgenden Inhalts:

Wer sich einbildet, daß die Arbeiterschaft in der nächsten Zeit einzig sein wird, ist ein unheilvoller Illusionist. Eine Regierungsbildung mit den Unabhängigen ist in diesem Augenblick unmöglich. Wir müssen persönliche Würde haben, die ich bei manchem vermisse. Die Unabhängigen lassen heute jeden Anstand vermissen. Sie beschimpfen und beschimpfen in lubenhafter Weise einen jeden, der anderer Meinung ist wie sie. Die Genossen müssen aus der Kritik heraus. Wir stehen erst am Anfang unserer Arbeit. Ich bin durchaus gewillt, alle meine militärischen Maßnahmen restlos zu bedenken.

Dem Versuch, das russische System bei uns einzuführen, werde ich mich mit aller Energie widersetzen.

Wenn es heißt, das Leben von ein paar Tausend Tockköpfen aufs Spiel zu setzen, um Hunderttausend von ruhigen Bürgern zu retten, dann werde ich handeln wie Berlin, Hamburg, Bremen und München. Die Hoffnung auf die Weltrevolution ist eine Seifenblase.

Ein Heer ohne Disziplin ist ein Affenspiel. Truppen mit selbstgewählten Führern springen im Momente der Gefahr auseinander wie Glas.

Die Affäre Reinhard bezeichnete der Reichswehrminister Noske als einen Spektakel, auf den viele hereingefallen seien. Der Gewerkschafter des „Vorwärts“ sei ein überbelebender Mann, um dessen Willen er einen um die Regierung hochverdienten Mann nicht über die Klinge springen lassen werde. (Wir werden auf diese Angelegenheit zurückkommen, wenn der Wortlaut der Rede Noskes vorliegt. D. Red.)

Noske schloß mit den Worten: „Wenn die Gegenrevolution eintritt, dann ist nur die Arbeiterschaft schuld daran. Unsere Maßnahmen müssen auch den Mut zur Härte haben.“

Ein Sieg der Bolschewistengegner.

Die „Times“ erfahren aus Helsingfors, daß die Stadt Jamburg, 80 Meilen westlich von Petersburg, am Mittwoch von den russischen Truppen zurückerobert worden ist. Der „Times“-Korrespondent erfährt von dem Premierminister von Nordwest-Rußland, daß dieser Erfolg der Reorganisation der Karawant zu verdanken ist und der Hilfe der britischen Mission, die in der letzten Zeit Nahrungsmittel eingeführt hatte. Außerdem waren in den letzten Wochen mehrere Geschütze, 20 000 Gewehre und große Mengen Munition für das antibolschewistische Heer in Reval eingetroffen. Die Einnahme der Stadt Jamburg ist daher so wichtig, weil sich dort die Brücke über die Luga befindet.

Aus Helsingfors erfahren die „Times“ weiter, daß der finnische Generalstab Nachrichten erhalten hat, daß große bolschewistische Streitkräfte von der Murmanfront nach der finnischen Grenz abtransportiert werden.

Mit dieser Mitteilung des englischen Blattes stimmt ein Artikel überein, den Trotski in dem Petersburger Bolschewistenorgan, der „Pravda“, veröffentlicht. In ihm droht der russische Oberbefehlshaber mit einem Angriff auf Finnland, zu dem hauptsächlich Besatztruppen und andere Kräfte verwendet werden sollen.

Ein Funkpruch Tschitscherins

Freitagabend hat sich der Kommissar des Auswärtigen der russischen Regierung Tschitscherin in einem Funkpruch an den tschiländischen Minister des Auswärtigen gewandt mit dem Vorschlag, die Kriegsoperationen einzustellen.

Polnische Geiselmörder.

Ein bei einem polnischen Kurier aufgefundenes Dokument, dessen Inhalt von zuständiger Stelle einer hiesigen Lokalkorrespondenz übermittelt worden ist, ist geeignet, berechtigtes Aufsehen zu erregen. Sein Inhalt lautet:

„Die polnische Bevölkerung Oberschlesiens hat in schwierigen Verhältnissen den ungleichen Kampf mit dem Grenzschutz aufgenommen und damit einen blutigen Protest gegen die preussische Gewalt Herrschaft erhoben.

Solange die deutschen Truppen den Teil Schlesiens, für den ein Plebiszit angedacht ist, nicht verlassen, werden die polnischen Aufständigen nicht ruhen und gegen dieselben den Kampf führen, denn sie sehen darin allein eine Garantie für Freiheit und eine bessere Zukunft.

Wenn die deutschen Truppen mit dem Erschießen und Einmorden der polnischen Bevölkerung nicht aufhören, werden die polnischen Aufständigen für jeden erschossenen Polen und jede Polka drei deutsche Männer oder drei deutsche Frauen erschießen.

Der unzufriedene Truppenverrat, wird erschossen, und sein Haus wird niedergebrannt. Wir bitten die deutsche oberschlesische Stollbevölkerung, daß sie sich ruhig und neutral verhält.

Standort, August 1919.

Die Zeitung der P. R. W. Oberschlesiens.“

Die Absicht der Polen, die zunächst allerdings nur in hypothetischer Form ausgesprochen ist, deutsche Staatsangehörige als Geiseln zu erschließen, stellt sich nicht nur als ein Akt größter Rohheit und Brutalität dar, sondern er bedeutet auch eine Verletzung des Versailler Friedensvertrages.

Nach diesem sind Polen und Deutsche zur Innehaltung einer Demarkationslinie verpflichtet, die von einer seitens der Entente zusammengestellten Kommission genau bezeichnet worden ist. Von seiten des deutschen Grenzschutzes nun ist eine Ueberschreitung dieser Linie nicht erfolgt. Wenn es dennoch zu Kämpfen mit den Polen kam, so handelte es sich hierbei lediglich um Abwehrkämpfe, die gegen die polnischen Banden ausgefochten werden mußten, welche sich um die Demarkationslinie nicht kümmerten. Daß sich der Grenzschutzleute angesichts der feindlichen Haltung der Polen, die nicht schnell genug in den Besitz Oberschlesiens gelangen können und das Abstimmungsresultat beeinflussen bzw. Deutschland und die Entente vor vollendete Tatsachen stellen wollen, eine starke Erregung bemächtigt hat, darf nicht Wunder nehmen. Hieran dürfte auch die polnische Ermahnung zur Ruhe und Neutralität, die nach der vorangegangenen Drohung mit der Geiselerlöschung wie ein Dolch anmutet, nichts ändern.

Gegen die englische Dienstpflicht.

Wie der „Telegraph“ aus London berichtet, wurde in der vorgestrigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses in Glasgow ein Antrag von dem Führer der Eisenbahner, Thomas, eingebracht, der angenommen wurde, worin von der Regierung die Abschaffung der Dienstpflicht und die sofortige Uebertragung der englischen Truppen aus Rußland verlangt wird. Wenn dieser Forderung nicht stattgegeben wird, wird ein Sonderkongress einberufen werden, um darüber zu beraten, in welcher Weise auf die Regierung Zwang ausgeübt werden kann.



und leidenschaftliches Bemühen ersehen, ja übertrafen vielfach die zweifellos überlegene Erfahrung der gestürzten Bureaukratie. Für viele in der Verwaltungsarbeit zum Teil gänzlich ungeschulte Männer galt es, sich oft in wenigen Tagen, mitunter sogar Stunden, in kommunalpolitische und staatsrechtliche Materien einzuarbeiten, um die notwendige Kontrolle des nur widerwillig sich fügenden, vielfach sogar die Anordnungen sabotierenden bürgerlichen und militärischen Apparates erfolgreich durchzuführen.

Heute, nachdem die durch die Revolutionsverhältnisse bedingte Periode der Irrungen und Wirrungen zum Teil überwunden ist, können wir bei aller notwendiger Kritik an der Tätigkeit der A- und S-Räte zu dem Resultat kommen: die Arbeit, die sie geleistet haben, war glänzend. Bedenken wir, welche ungeheure Verschwendung unter dem gestürzten System bestand, welche unsinnige Ausgaben für Zwecke gemacht wurden, die die breiten Massen des Volkes nichts angingen, ja, ihren Interessen geradezu zuwiderliefen, dann stellt sich das Gebahren der alldeutschen Presse den Ausgaben der A- und S-Räte gegenüber als eine Scheinheiligkeit und Scheuerei dar, mit der sie nur ihre eigenen Sünden und Verfehlungen verflechten wollen.

Aber die breiten Volksmassen werden sich durch derartige Nachsichten nicht beeinflussen lassen und den A- und S-Räten ihre geleistete Arbeit nicht vergessen. Eine Arbeit, die — wie immer erneut betont werden muß — mit größter Aufopferung und zum Teil unter völligem Verzicht auf jegliche Entschädigung freudig im Dienste des neuen Vaterlandes geleistet worden ist.

## Belagerungszustand und Verfassung.

In der Presse ist eine lebhafte Debatte darüber entstanden, wie die Fortdauer des Belagerungszustandes mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung in Einklang zu bringen sei. Die „Berliner Volkszeitung“ hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Verfassung in ihrem Artikel 48 für die zeitweilige Aufhebung der staatsbürgerlichen Freiheitsrechte bestimmter Grundzüge aufstelle, die bei der Verhängung des Belagerungszustandes nicht beobachtet worden seien, und darum sei der ganze Belagerungszustand verfassungswidrig. Demgegenüber verweist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ auf die Uebergangsbestimmungen zur Verfassung, die in Artikel 178 befehlen:

Anordnungen der Behörden, die auf Grund höherer Befehle in rechtmäßiger Weise getroffen waren, behalten ihre Gültigkeit bis zur Aufhebung im Wege anderweiter Anordnung oder Befehls.

Demnach ist formal alles in Ordnung, denn es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ juristisch recht hat. Trotzdem ist die Debatte nützlich, weil sie darauf aufmerksam macht, daß eine Veränderung der Rechtsverhältnisse auf diesem Gebiet vor sich gegangen ist. Die Verfassung macht den Reichspräsidenten zu ihrem obersten Hüter; sie berechtigt ihn, in Fällen der Gefahr bestimmte Freiheitsrechte einzuschränken oder aufzuheben, und sie wieder in Kraft zu setzen, wenn die Gefahr vorüber ist. Dem Reichstag ist von der Aufhebung der Freiheitsrechte sofort Mitteilung zu machen, und wenn er es verlangt, muß die Maßnahme rückgängig gemacht werden.

Wenn der Belagerungszustand noch nicht aufgehoben ist, so erklärt sich das daraus, daß weder der Reichspräsident noch die Nationalversammlung, die den Reichstag ersetzt, es für richtig gehalten haben, jetzt schon seine Aufhebung zu verfügen. Der Reichspräsident ist vor seinem Gewissen für den Schutz der Verfassung verantwortlich, und er darf sich weder dem Vorwurf aussetzen, den Staatsbürgern ihre Freiheit ungerechtfertigterweise beschränkt zu haben, noch dem andern nicht weniger schlimmen, er hätte durch Sorglosigkeit und Gebenlassen die gewalttätige Zertrümmerung der Verfassung verschuldet, zu deren Schutze er verpflichtet ist. Die Sache ist also doch nicht so einfach, wie die „Freiheit“ meint, daß die Regierung die „Pflicht

zur Gefolgschaft“ hat und die andere das „Recht auf Revolution“ haben. Gerade durch das Grundgesetz des Reichs, durch die Verfassung, ist der Reichspräsident verpflichtet, diese Verfassung vor gewalttätiger Zertrümmerung zu schützen und unter Umständen zu diesem Zweck einen Teil ihrer Bestimmungen außer Kraft zu setzen.

Die sozialdemokratische Regierung hat am 9. November den Belagerungszustand sofort für aufgehoben erklärt. Der Belagerungszustand in allerhöchster Form wurde aber von den Spartakisten wieder eingeführt überall, wo es ihnen durch Ueberrumpelung gelungen war, zur Macht zu gelangen. Dadurch sah sich die sozialdemokratische Regierung gezwungen, im Kampf dasselbe Mittel zur Anwendung zu bringen. Heute hat sie den lebhaftesten Wunsch, den Belagerungszustand sobald wie möglich aufzuheben, sie wird das tun können, sobald keine Gefahr mehr besteht, daß er dann von anderer Seite in jehochschlimmerer Form wieder eingeführt wird. Somit ist es für die ganze Frage tatsächlich von entscheidender Bedeutung, wie sich die Unabhängigen und Kommunisten zu Verfassung stellen. Wenn sie erklären wollten, daß sie die Grundrechte des Volkes: Wahlrecht, Souveränität der Volksvertretung, Pressefreiheit usw. respektieren wollen, dann würde für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes jeder rechtliche Boden fehlen.

Wie dahin werden Reichspräsident und Nationalversammlung prüfen müssen, ob die eingetretene Verhinderung der Verhältnisse die volle Herstellung der bürgerlichen Freiheitsrechte ermöglicht. Nach unserer Auffassung soll damit keinen Tag länger gewartet werden, als unbedingt notwendig ist.

## Unabhängiges Militäraufgebot.

Aus einem unabhängig regierten Staate.

Aus dem Volksstaate Ruß wird uns geschrieben: Wenn bei schweren Ausschreitungen, Plünderungen, bewaffneten Aufständen usw. Militär aufgeboten wird, so behaupteten die Unabhängigen jedesmal, dieses Aufgebot sei ganz überflüssig gewesen und nur erfolgt, um das Volk zu provozieren. Wie aber eine unabhängige Staatsregierung im Stille Ruhes regieren möchte und bei welchen Anlässen sie Militär aufbietet, das hat eine Gerichtsverhandlung erwiesen, die hier in der vorigen Woche die Gemüter in Aufregung versetzte und mit der Freisprechung von 33 wegen Landfriedensbruchs angeklagten Landbewohnern sowie mit einer Niesensblamage unabhängiger Regierungspräsidenten endete.

Durch Notgesetz waren einige Landgemeinden in ein russisches Städtchen zwangsweise eingemeindet worden. Sie glaubten sich jedoch durch die Eingemeindung stark benachteiligt und widersprachen. Um die Angelegenheit nun in Güte zu regeln, fand in einem solchen zwangsweise eingemeindeten Dorfe unter Leitung des unabhängigen Staatsrats Drechler eine Sitzung statt, die damit endete, daß einer der Zwangsbürger das Licht ausdrehte und die anderen anwesenden Dorfbewohner aufforderte, den Herrn Staatsrat auszuhaben. Er wurde aber tatsächlich nicht ausgehauen, sondern das soll erst nach seinem Tode in Marmor erfolgen. Unbelehrt konnte Herr Drechler den Rückzug antreten; es ist ihm, wie er selbst als Zeuge vor Gericht ausagte, kein Haar gekrümmt worden.

Trotzdem erschien am andern Tage der erzürnte unabhängige Staatsrat mittels Estraguges an der Spitze einer Truppenmacht von 50 Mann und 9 Gendarmenmachtmeistern. Alle mit scharfen Patronen versehen, um die geschädigte Staatsgewalt des Herrn Drechler mit der Waffe in der Hand wiederherzustellen, wozu sich jedoch keinerlei Gelegenheit fand. Dafür wurde gegen eine ganze Anzahl von Dorfbewohnern Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben, die nun mit einem glatten Freispruch endete, nur der Lichtausdreher erhielt eine kleine Geldstrafe wegen groben Unfugs. Es bleibt aber bezeichnend, aus welcher lächerlichen Anklage hier ein unabhängiger Regierungsvertreter die ganze russische Armee aufgeboten und sich sogar als Oberkommandant an ihre Spitze gestellt hat!

Anleiheunterhandlungen der Türkei. Aus London wird gemeldet: Die Türkei unterhandelt mit einer Gruppe von Finanzleuten über eine Anleihe von 18 Millionen. Die Kronjuwelen sollen als Pfand dienen.

mehr gespielt, sondern gesungen. Endlich, im Biengtemp-Konzert ein ganzer Meister, dem nun auch Meyer-Radon auf dem Flügel beisteht.

Bürmeier übertrifft zunächst durch den jugendlichen Schwung, mit dem er, ein fünfziger, sein Instrument meistert. Aber diese erstens Mechanik des Armes bleibt doch nur Weimerk. Ein Köhner steht da, aber einer mit Künstlerblut. Das treibt er nicht nur in die vollendete Wiedergabe einer Beethoven'schen Sonate, sondern läßt es sich durchfühlen selbst im virtuosen Schluß eines Wieniawski-Konzerts. Und damit alle Güte beieinander sei, beschreiben er sich in Emmerich Kis einen prachtvoll nachspärenden, noblen Begleiter. Nur solche Gemeinschaft des Willens und Schaffens gibt Einzelleistungen tiefere Bedeutung. Auch hierin betranken sich Kunst, Politik und Leben. Rudi Singer.

## Der „Sozialen Bühne“ erster Tag.

Nicht in der Freiheit künstlerischer Bestrebungen, sondern in ihrer Zieleinheit liegt das Heil. Alle Bildungsarbeit innerhalb der mehrheitssozialistischen Partei hat durch ihre Erfolge bewiesen, wie richtig der Weg, den sie gegangen. Jetzt stehen allerhand Gründungen empor. Sie alle wollen das Volk auf ihre Art furlieren.

Als erste von verschiedenen Neugründungen, die noch des Debuts harren, hat die „Soziale Bühne“ Sonntag mittag ihr Programm ausgedreht. Mitbauen will diese Künstlervereinigung am neuen deutschen Volkstaat, dessen einiges Heil in einer von jeglicher Parteilichkeit und Geschäftigkeit losgelösten Zusammenfassung aller Kräfte erblickt wird. Die deutsche Nation habe, so ungefähr lautete die Quintessenz eines von Fritz Delius vorgebrachten „Manifests“, keinen Grund, an dem ihr aufgezwungenen Elendlos zu verzweifeln. Sie sei zwar in ihren Arttümern, nicht aber in ihrer Kraft und ihrer Berufung als Kulturbringerin besiegt worden.

Von diesem Geiste waren denn auch alle vorgebrachten Programmpunkte erfüllt. Händels Oregaphantastie über das Thema „Die Wälder stehen auf“ — herrlich von Walter Fischer gespielt — geleitete hinonisch zu der Potenzen aus Reschulos' Sprachgewaltiger, wie tief erschütternder „Perser“-Tragödie hinüber. Sie wurde von Elsa Wagner, Bruno Luersmann, Fritz Ebers und Fritz Delius mit höchster Wirkung gelesen. Großen Eindruck erzielte Frau Wagner ferner mit der Vorlesung einiger Stücke aus den indischen „Waldschäden“ — spekulative Traktate — und mit zwei freisinnigen Weltvolksliedern von Walt Whitman. Am stärksten packte das Vorspiel aus dem Drama „Der Pauls Tod“ des Russen Mersakowitsch, das Luersmann mit getragener frapperanter Charakterisierung der einzelnen Typen und Charaktere zur Geltung brachte. Abermals bewährte dieser Künstler zum Schluß durch den freien Vortrag einiger Gesänge aus Homer seinen Ruf als einer unserer bedeutendsten Regitatoren. Einmütiger Beifall und begeistertster Hervorruf lohnte die schöne Gabe. e. k.

## Zum Fall Reinhard.

Die „Post“ behauptet zu wissen, daß Herr Reuendorff, von dem die belästigenden Anklagen gegen den Obersten Reinhard herrühren, ein übelbelaunter Mann sei, der verschiedene Vorstrafen erlitten habe. Dem „Vorwärts“ war von einer solchen Vergangengeit Reuendorffs natürlich nichts bekannt, als er dessen Zuschrift veröffentlichte. Aber es handelt sich nicht darum, wer Reuendorff ist, sondern wie die Führung des Obersten Reinhard ist, und wie sein bekannter Brief an uns zu bewerten ist. Darüber dürfte eine schwebende Untersuchung Aufklärung geben. Die Art, wie die „Post“ sich für den Obersten ins Zeug legt, kann uns in unserer Auffassung nur bestärken. Denn die Ideale der „Post“ auf militärischem Gebiet waren stets derart, daß sie in eine republikanische Armee nicht hineinpassen.

## Polnische Arbeiter für Frankreich.

Der „Times“ wird aus Warschau gemeldet, daß am 6. September zwischen der französischen und der polnischen Regierung ein Abkommen zur Entsendung von 100 000 polnischen Arbeitern nach Frankreich geschlossen wurde. Die polnische Regierung erhält dadurch die Möglichkeit, einen Kredit in französischem Gelde aufzunehmen.

Bestimmlich hat auch die deutsche Regierung auf Grund des Versailler Friedensvertrages die Verpflichtung übernommen, am Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens mitzuwirken. Hierbei jedoch wird in erster Linie der Wille der deutschen Arbeiterschaft bei der Art der Zusammenstellung der Formationen, der Regelung der Verhältnisse, der Arbeitsverhältnisse usw. zur Geltung kommen. Von der polnischen Regierung weiß die „Times“ charakteristischweise nur zu melden, daß sie von der französischen Regierung für die Mitarbeit am Wiederaufbau einen Kredit bewilligt erhält. Von derartigen Krediten pflegt für die Arbeiterschaft gewöhnlich nicht viel abzufallen. Ist die Kreditgewährung nun tatsächlich die einzige Gewähr, die an Polen geleistet worden ist, oder hält das englische Kapitalistenblatt die Erwähnung von Garantien für die polnische Arbeiterschaft für überflüssig?

Eine Hand wäscht die andere. Von der Eisenbahndirektion Berlin erhalten wir zu der unter vorstehender Stichmarke am 10. d. Mts. veröffentlichten Notiz unter Berufung auf das Preßgesetz eine längere Erklärung. Die Zuschrift entspricht zwar nicht dem schon so oft mißhandelten § 11, daher bringt sie aber eine Bestätigung der von uns damals abgedruckten Verfügung. Es heißt in der Zuschrift u. a.: Während der Beförderung, Lagerung und Behandlung der Lebensmittel entsteht durch Eintrocknen, Verstreuen, Diebstahl ein gewisser Schwund, der der Oberrechnungskammer nachzuweisen ist. Die kostenlos abgegebenen Mengen werden ebenfalls hier verrechnet, da ein anderes Verrechnungsverfahren nicht besteht. Hier erscheinen sie mit genauer Angabe der Art, der Menge und des Wertes der abgegebenen Gegenstände, so daß jeder Zeit Nachprüfung möglich ist.

Herr Kommerzienrat Gohmann hatte die Bearbeitung der Wölfe im Interesse unserer Bediensteten für uns vermittelt, ohne die ihm zugehörige Kommissionsgebühr, die bei der Höhe der Vermittlung nicht unwesentlich gewesen wäre, zu beanspruchen. Es sind ihm daher für seine Bemühungen einige Waren zur Verfügung gestellt, die im übrigen nicht nur für ihn allein, sondern auch für seine Bureaubediensteten bestimmt waren.

Weiter wird dann noch in der Zuschrift darauf hingewiesen, daß der in unserer Notiz genannte Herr Dr. Giehnert nicht persönlich die Anordnung der kostenlosen Abgabe von Nahrungsmitteln getroffen habe, sondern daß es sich um eine Verfügung der Eisenbahndirektion handele. Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß sich die Bediensteten verletzt fühlen, weil aus der Notiz herauszulesen werden könnte, daß sie ihnen zur Verteilung überwiesene Gegenstände ohne Verrechnung der Schwund zu verschwinden ließen.

Ein solcher Vorwurf ist von uns weder beabsichtigt noch erhoben worden. Was wir treffen wollten, ist die sehr eigenartige Methode, aus den Beständen kostenlos abgegebene Waren (10 Pfund Kaffee, 5 Pfund Kakao usw.) als Schwund zu verrechnen. Und da fragen wir nochmals: an wen alles sind denn eigentlich solche Besende gemacht worden?

## Künstlertheater: „Die letzten Ritter“.

Dem Verfasser dieser Komödie, Heinrich Pfeiffer, schwebte etwas wie eine Gesellschaftsatire vor; aber die Weltanschauung, mit der er düstige Einsätze zu wohlgezahlten fünf Akten auseinandersetzt, treibt das höchste Mysterium, das die Geschichte, in Scherzform erzählt, noch haben konnte, gränzlich aus. Die blöde, dem geistigen Horizont des in den Wilhelmintischen Zeiten tonangebenden Korpsstudenten- und Reserveleutnantismus so hilflos angepaßte Duelliererei, nach dessen Kodex die Mitglieder der guten Gesellschaft ihre Ehre mit dem Schicksal gegen Verleumdungen zu verteidigen haben, ist ganz gewiß ein dankbarer Gegenstand des Spottes. Schon der Kontrast der aufgedrungenen blutdürstigen-renommierten Pose und der angstvollen Sorge um das geliebte Ich reizt zu dem Spiele parodischer Laune. Es war ein hübscher Zug, daß Steinheims „Bürger Schöppel“ die Streberkarriere mit einer solchen Schieberei krönt, aber Pfeiffer weiß der Ironie, die in der Sache selber liegt, aus eigenem kaum etwas hinzuzufügen. Die Pointe steht man meilenweit voraus, und bei dem Festen jeder Ueberraschung dehnt sich die Dauer endlos. Weder der vor dem Examen gescheiterte ehemalige Korpsstudent Paul Kleinmichel, der als Weinbändler mit seinen trüben Konnexionen grohlt, noch die Herrschaften, die sich an seinem Tische wohl sein lassen und den friedfertigen Voltz zu einer Forderung heben, sind, sei es für Poffen, sei es für feinere psychologische Satirensätze bühnenwirksam ausgestaltet. Ein in tödlicher Anstalt auf den Weg abgeführter Viskosenisch stellt das ritterliche Selbstbewußtsein des in seiner Ehre Beschränkten glorieich wieder her. Das gewandte Spiel, namentlich der Herren Hans Fischer und Eugen Röhler, half der Aufführung zu einem wenn auch stark unprätentiösen Applaus.

## Notizen.

— Eine Gesamtausgabe von Sudermanns Romanen und Novellen in sechs Bänden wird noch in diesem Jahre im Cotta'schen Verlage erscheinen.

— Prof. W. Schüy, Direktor des pathologischen Instituts der Tierärztlichen Hochschule in Berlin, vollendet am 15. d. Mts. sein 80. Lebensjahr. Die Bedeutung des Forschers liegt darin, daß er die modernen zellulärpathologischen Ansichten über das Wesen der Krankheiten in die Veterinärmedizin übertragen und die wissenschaftliche Richtung in ihr angebahnt hat. Wir danken ihm die Entdeckung des Hophagillus und des Errogers der Drüse.

— Ein Kalifornieninstitut wird demnächst in Eichsturt im Gebäude des Kalifornieninstituts eingerichtet werden. Der Wirkungskreis des Instituts wird sämtliche Kalkwerke, Thorsulfatfabriken usw. im Deutschen Reich umfassen. Bei Untersuchungen von Schächten und bei Reuanlagen hat das Institut mit Rat und Tat eingegriffen, ferner hat es das Maschinenwesen und Erfindungen, soweit sie die Kalkindustrie betreffen, zu prüfen.

## Konzert-Umschau.

Mit einem unübertrefflichen Presto hat der Konzertbetrieb eingesezt. Während sonst die Schachbretter oder die etikettierten Solisten den Anfang machten, treten jetzt die Dirigenten, die Massenföhner, die großen Organisten sogleich auf den Plan, um ihr riesiges Musterprogramm auch zu Ende führen zu können. Die Anforderungen bestehen zunächst durch ihr Werben für Stadtliegendes, für oft und unrecht Jurisdiktionelles. Auch der Wille, Keuland zu beackern, will anerkannt sein.

Da steht Hermann Scherchen am Pult. Ein Sucher, ein Eifernder, ein Ringender. Sein Ehrgeiz zielt auf harte Rhythmi, auf scharfe Einschnitte, auf Tempo-Raserei. Noch fehlt jede Abgesenheit, jede Beherrschung des äußeren Menschen. Man spürt Arbeit und Fleiß, gestützt durch eine ungewöhnliche Begabung zum Führer; und wünscht ihm mehr Geduld, Konzentration, Probenruhe. Den „Mozeppe“ Visits ließ er in wahrhaft südländischem, überflüssigem Tempo an unserem Ohr vorbeirufen, dabei flug die wenigen Hemmungen im Mittelteil als Effekt auszunutzen. Visits „Totentanz“ spielte Leo Kestenberg technisch solide, aber (auf einem hilflosen Nach) ohne die virtuose Heberlegenheit, die uns das Meisterstück der Arbeit vergessen macht. Zuletzt eine Erquickung: Straußens op. 16. Eine im Klanginn erhaltene, am melodischen Erfindung und technischer Arbeit übertragene musikalische Erlebnisreise. ... Erinnerungen an Italien, jollisch zusammengeflochten. Phantastisch und doch geformt, melodisch wohlklingend und doch charaktervoll: die Genieleistung eines Jünglings, der Erfüllung warde.

Ungefähr zu gleicher Zeit wie diese Stücke entsteht auch das Erlingewerl eines zweiten großen Musikdenkers und Revolutionärs: Mahlers I. Sinfonie. Ein Jugendwerk voller Kühnheiten und Schwächen, befreundlich in der Sprache, ungebärdig im Bau, ungleich im Stil, aber voll des jugendlichen Trostes, des Angriffswillens. Der junge Dr. Heinz Unger, der das Werk dirigiert, ist ein von Musik Besessener. Das erklärt das grotesten Ueberrumpelungen, erschauend es aber nicht. Vor allem betriegt er sich selber um Effekte, wenn er auch der beschwingten Phrasen geistige Fesseln anlegt. Schließlich ist doch in dieser Sinfonie auch ein gut Teil Musik eines fahrenden Gesellen, lüngerlicher Schwung, Unpartheilichs. Immerhin: eine sehr respektable Leistung für einen jungen Dirigenten. Mehr Blick auf das Ganze, mehr Beherrschung der Geste und des Hebertemperaments, — und wir haben einen Dirigenten, dessen Wärme auch auf Musiker und Hörer übertragbar ist.

Wesche, auf der Höhe seiner technischen Meisterschaft, lebt in einer beiden Suite Rovers nur sein gutes Musikverum, nicht sein Geigertum aus. Da ist ein Akt, den im formalen Gebilde entweber der Baumeister Roger Heß, oder eine Fiese, die der Spieler nicht gesehen, der Hörer nur gehört hat. Bei Mozart wird der Ton feierlich und dem Niesentraum angepaßt, satt und voluminös. Das hebt eine Kantilene in die Reinheit der Symme, nicht



# Groß-Berlin

## Eine Mobilmachung.

Es wird wieder einmal mobilgemacht; dieses Mal nun nicht gegen die bösen Engländer und Franzosen, gegen die man feurig und opferbereit die Reiber — der anderen ins Feld schickte, sondern gegen das Verbot der Fahrstuhlbenutzung. Dieses soll bekanntlich der Stromerparnis dienen und der gesamten Bevölkerung unsere unendlichen Knappen Vorräte an Kohlen für den Winter ein wenig strecken helfen. Das ist nun gewissen Herrschaften, denen es mit Hilfe ihres Geldbeutels möglich ist, sich im Wege des Schleichhandels dieses kostbaren Heizstoff zu beschaffen, un bequem. Insbesondere solchen Personen, die fünf Jahre hindurch bei dem beschaulichen Leben in der Heimat ihr Herz so schonten, daß es jetzt auf das unbehagliche Treppensteigen mit lebhaftem Klopfen reagiert; aus diesem Grunde werden Bitten angefertigt, nach denen in bewährter Weise gegen die Behörden Sturm gelassen werden soll.

Die sozialen Verhältnisse bedingen soziale Ungleichheiten. Solange es nicht möglich ist — und bei der Natur der Dinge dürfte dies noch lange Zeit dauern —, daß auch die letzte unserer durch drei bis vier Kohlenbrennwerke entkräfteten Proletarierfrauen sich des behaglichen Fahrstuhls zur Beförderung bedient, solange es nicht einmal möglich ist, daß unsere Kriegsgeschädigten, die ihr Herz nicht wie jene Witwen in der Heimat hüten konnten, mittels des Fahrstuhls ins Freie gelangen, solange muß mit aller Entschiedenheit dagegen Vorgegangen werden, daß gewisse privilegierten Kreisen lediglich auf Grund ihres geöffneten Geldbeutels und ihres größeren Kundweises die Fahrstuhlbenutzung gewährt und dadurch Raubbau an unserem kostbarsten Volkvermögen, der Kohle, getrieben wird. Auch das ist eine politische Frage von eminenter Wichtigkeit, und die Behörden seien mit allem Nachdruck darauf hingewiesen.

## Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Morgen, Dienstag, 3 Uhr, in Oberlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:

### Vollversammlung

der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Tagessordnung: 1. Praktische Wirtschaftspolitik. Referent: Wissel. 2. Die Neuwahl der Arbeiterräte in Groß-Berlin.

Um vollzähliges Erscheinen der Arbeiterräte wird dringend ersucht.

Der Vollzugsrat Groß-Berlins.

Brat. Fischer.

S. V. D. - Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Arbeiterräte. Heute Montag, 5 Uhr, Zentral-Festsaal, Alte Jakobstraße 32: „Die Kohlenfrage.“ Redner: Steiger Georg Werner. Ehren- und Stadtr. H. Ritter. — Mitteilungsbuch und Ausweis!

Achtung! Kommunale Arbeiterräte! Mittwoch, den 17., vormittags 10 Uhr, bei Oberland, Friedrichstraße, Wilhelmstr. 38: Sitzung der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins (je ein Delegierter). Tagesordnung: Die Kohlenbeschaffung, Verteilung bzw. Kommunalisierung Groß-Berlins.

Auswanderung nach Argentinien. Der argentinische Konsul gibt bekannt: Es werden nur gesunde und moralisch einwandfreie Personen zugelassen. Nur Handlungsbüchsen mit vollkommenen Sprachkenntnissen, besonders im Spanischen, können unter Umständen auf eine Anstellung rechnen; die freien Verufe jedoch haben keine Aussicht. Landwirte hingegen finden leicht Beschäftigung, sofern sie sich auch zu untergeordneten Arbeiten verstehen, auch Handwerker der verschiedensten Berufe können auf Stellung rechnen. Im allgemeinen bietet sich den Einwanderern eine auskömmliche Zukunft, allerdings müssen sie über eine gute Gesundheit verfügen und Warmittel besitzen, um damit ihren Unterhalt in der ersten Zeit bestreiten zu können. Dieser erfordert bei einfacher Lebensweise eine Ausgabe von 40 Goldpejos monatlich, was heute unter den jetzigen Kursverhältnissen 600 M. gleichläme.

Bei Reisen nach Polen rüsten diejenigen, die in ihrem Voh ihre Tätigkeit beim Grenzschutz vermerkt haben, die sofortige Verhaftung. Also Vorsicht! Und keine solche Vorgehensarten mehr!

200 Zentner Futter auf Bahnhof Kummelsburg gestohlen. Freitag morgen war ein Güterwagen eingetroffen, der 200 Zentner Futter nach Magdeburg bringen sollte. Um Diebstähle zu verhindern, war dem Wagen ein Beamter der Gemeinde beigegeben worden, der Tag und Nacht bei der Ware blieb. Von Kummelsburg aus konnte der Güterwagen nicht sofort weiterbefördert werden, da erst ein Transporter zusammengestellt werden sollte. Am Sonnabendmorgen kam ein Mann, der eine Eisenbahnkarte trug, an den Begleiter heran und behauptete, er sei beauftragt worden, den kommunalen Beamten zu dem Leiter des Güterbahnhofs zu bringen. Angeblich sei bereits ein Transporter nach Magdeburg fertig, doch seien die Frachtpapiere nicht völlig in Ordnung, so daß man den Wagen nicht anhängen könne. Der Transporter begleiter schlopfte nicht den geringsten Verdacht und begab sich zu dem Stationsvorsteher, ließ aber zur Vorsicht, um jeden Diebstahl zu vermeiden, seinen Hund zurück. Um so erkannte man er, als man ihn im Bureau des Güterbahnhofs verhaftete, daß niemand ihn zu sprechen wünsche und daß der nach Magdeburg bestimmte Güterwagen am Nachmittag weitergehen werde. Der Transporter begleiter setzte zurück, der Wagen war verschwunden! Ein Bahnbeamter behauptete, daß, nachdem der Transporter begleiter sich entfernt habe, eine Gütermaschine herangekommen sei, drei Wagen angehängt und dann abgehahren sei. Da auf dem Güterbahnhof ständig rangiert wird, ist ihm der Vorfall nicht verdächtig vorgekommen. — Offenbar haben die Diebe, die mindestens mit einem Lokomotivführer zusammenarbeiteten, den Wagen mit Futter auf eine andere Station gebracht, wo er dann von Helfershelfern ausgeladen und die Ware verschoben worden ist. Der Schaden beträgt rund 200 000 M.

Für mehr als eine Million ausländisches Geld beschlagnahmt die Kriminalpolizei bei einem Kaufmann Erich Alexander in einem Hotel unter den Linden. Alexander fiel dadurch auf, daß er rumänische Hunderteilscheine für 140 Mark zum Kauf anbot. Man fand bei ihm 250 000 rumänische Lei und 400 000 österreichische Gulden. Der Verhaftete erklärte, dies sei sein Eigentum, das er in Bukarest erworben habe. Vor dem Kriegs habe er mit Goldweissensbüchsen gehandelt. Während des Krieges sei er in Bukarest anständig gewesen. Dort habe er die Wiktoria-War befallen, die die Quelle seines Reichtums sei. Jetzt sei er nach Deutschland gekommen, um hier ein Gut zu kaufen. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß Alexander in Bukarest keine Vorbesessen hat, sondern dort Tänzer gewesen ist.

Eine Blutentnahme zur Feststellung des Fleischgenusses macht ein Mann von etwa 30 Jahren, der sich Gerichtsassessor Hagen nennt und für einen Bewaffneten des Polizeipräsidiums ausgibt. Einer jungen Frau in Berlin-Schöneberg spiegelte er vor, daß er ihre Wohnung nach Fleisch durchsuchen müsse. Er beschlagnahmt 180 M. Der „Herr Assessor“ erklärte, er müsse von jedem Familienmitglied eine Blutprobe einem Gerichtsbeamten übergeben, der feststellen solle, ob mehr Fleisch gegessen werde, als jedem gesetzlich zulässig. Die Frau erklärte sich

bereit, aus dem Arm eine Blutprobe entnehmen zu lassen! Der „Herr Assessor“ aber versicherte, daß dieser Körperteil zur Entnahme für den besonderen Zweck ungeeignet sei, daß die Probe vielmehr aus dem Oberschenkel genommen werden müsse. Auch das ließ sich die Frau gefallen, weil „Assessor Hagen“ unter allen Umständen darauf bestehen zu müssen erklärte. Der Herr ist mittelgroß und schlank, hat dunkelblondes Haar und bartloses Gesicht, trägt dunkelgestreiften Anzug, schwarzen, steifen Hut und Brille mit gelblichen Gläsern.

Auf einem Plünderzug schwer veranlaßt ist in der vorhergehenden Nacht der Gürtler Ernst Gangel. Er war mit einem unbekannt entkommenen Spiegeleisen in das Warenhaus von Zeiser, Wiener Straße 64, eingedrungen und sie hatten für 150 000 Mark Ware eingepackt, um sie mit einem Bogen fortzuschaffen. Plötzlich überfiel ihn ein Einbrecher und wollten sie festnehmen. Beide ergriffen die Flucht. Während diese dem einen gelang, versuchte Gangel sich mit einem Riemen vom Fenster auf die Straße herabzulassen. Der Riemen riß. Mit einem Beinbruch und inneren Verletzungen blieb G. liegen und wurde als Polizeigefangener in die Charité eingeliefert. — Mehr Glück hatten Einbrecher, die im Gordinen- und Teppichgeschäft von Hartlein in der Großen Frankfurter Straße 121 einbrachen. Sie schafften für über 50 000 M. Gordinen, Bettdecken usw. fort. — In der Nacht zum 14., morgens 3 Uhr, wurde in das Schuhwarenlager von Böhmlich, Clausstraße, 44, eingedrungen. Durch das Geräusch wurde die im Hinterhaus wohnende Familie Gruschla aufmerksam und es gelang Herrn Gruschla und seinem Sohn, Einbrecher und Helfershelfer festzunehmen. Für circa 5000 M. neues Schuhwerk war schon zusammengepackt. Bei dem Transport zur Wache der Kaiserstraße machte der eine Einbrecher einen Fluchtversuch, wurde aber am Tunnel der Schwarzkopfsstraße wieder von Gruschla jun. gestellt, nachdem er sich im Laufen seines Diebstahmwerkes entledigt hatte. Auf der Polizeiwache spielte er den wilden Mann und verweigerte seine Namensnennung. Vermutlich hat man es mit einer Gesellschaft zu tun, die allmählich diese Gegend beunruhigt.

Beim Baden ertrunken ist der Arbeiter Paul Knoll aus der Siemensstraße 17. Er versuchte ungefähr 800 Meter nordöstlich der Charlottenburger Gasanstalt den Verbindungskanal zu durchschwimmen, verlor aber in der Mitte des Wassers die Kräfte, ging unter und ertrank. — Der des Schwimmens unkundige Eisenbahnbeamte Rudolf Lange aus Tempelhof wagte sich beim Baden im Seddiner See weit hinaus und verschwand plötzlich unter lauten Hilfsrufen vor den Augen seiner Familie. Der am Ufer weisende Bankbeamte Jaenicke aus Niederschöneweide sprang dem Ertrinkenden in voller Kleidung nach, tauchte und holte ihn unter eigener Lebensgefahr ans Ufer.

Alkohol-Bezugscheine. Die in Berlin bestehenden Ausfertigungsstellen für Bezugscheine werden infolge der Aufhebung des Bezugscheinerfahrens mit dem 19. September aufgelöst. Die Ausfertigung von Bezugscheinen für Kommunalware erfolgt ab 22. September von 9—3 Uhr; Wallstr. 13 (Hof 1 Tr.), Vohumer Straße 13, Ramlersstraße 16, Kopenstraße 72. Anträge auf Erteilung eines Bezugscheines für Kommunalware können bei der zuständigen Ausfertigungsstelle unter Vorlegung der letzten Steuerzahlung und gegebenenfalls eines Wohnverordnungsweises von der minderbemittelten Bevölkerung Berlins gestellt werden. Verschiedenartig an die Verteilungsstelle des Magistrats Berlin, Wollenmarkt 4 II, zu richten.

Die Ermordung des Apothekers Lampu. Das unter dem Verdacht verhaftete Ehepaar Karl aus der Schönflieher Straße 4 hat unter dem Gewicht einer sehr belastenden Zeugnisaussage und der Auffindung einer in seiner Wohnung versteckten Schusswaffe, deren Kaliber mit der Stärke der Kugel in dem Körper des Erschossenen übereinstimmt, zugegeben, daß Lampu in der Wohnung dieses Ehepaars erschossen worden ist. Sie leugnen jedoch, ihn ermordet zu haben, sondern behaupten einen Unglücksfall. Als sie festgestellt hatten, daß Lampu tot sei, habe Karl die Leiche auf die Schultern genommen und nach der Taubensolonie getragen. Frau Karl ist mit dem Tod und dem Gut des Erschossenen gefolgt. Beide hätten dann die Leiche in die Verfenkung geworfen und daraufhin ihre Wohnung aufgesucht und die Spuren des Vorfalls beseitigt. Diese Angaben erscheinen jedoch sehr unglaubwürdig. Da jedoch beide Eheleute infolge ihres Zusammenbruchs keine weiteren Aussagen mehr machen konnten, wurden sie vorläufig wieder in ihre Isolierzelle gebracht.

Der Hund einer Frauenleiche im Teltowkanal mit zerstückterem Schädel hat noch nicht weiter aufgeklärt werden können. Die Person der Toten ist noch unbekannt. Die Art der Verletzung des Kopfes läßt zwar ein Verbrechen nicht ausgeschlossen erscheinen, doch neigt man eher zu der Ansicht, daß sie von einer Schiffsdraube herührt. Da das Mädchen unter ihrer Kleidung ein Bodenkloß trug, ist anzunehmen, daß sie in dem Kanal haben wollte, aber von der hohen Böschung hinab ins Wasser gefallen und ertrunken ist.

Der Rikud Busch eröffnete nach Beendigung seines Gastspiels in Hamburg am Sonnabend seine Vorträge. Um es gleich vorweg zu sagen: Seine Dreffurkunft ist bis zu einer Höhe entwickelt, daß man bei den Tieren den Nerv arbeiten sieht. Die Reinkonfessionerinnen Victoria, Franlein Charlotte Wagner, die bekannte Schulfreierin auf ihrem Wagnersberg „Conservand“, der spanische Kritiker der drei Schwestern Blumenfeld, sowie das große hippologische Ballet, reihen immer wieder zu Verfallausdrücken hin. Auch mit dem Spezialitätenprogramm hat die Direktion einen guten Griff getan. Die drei Lustspalten, — ein noch nie gezeigter Balancakt der Artisten Anni, Gem und Daisi —, die halbscherzlichen Leistungen der drei Potrats am dreifachen Red mit ihrem Saltamortale lösen dem Publikum kaum den Blick seitwärts ziehen. So konnte die Eröffnungsvorstellung bei vollbesetztem Hause vor sich gehen.

Koienthal. Die Schöffenwahl hatte folgendes Resultat: Schwabedal und Elpel (SPD.), Wilbrod und Grel (USPD.), Lübbert (Dem.). Stellvertreter: Gemeindevorsteher Genosse Schwabedal. Der bisherige stellvertretende Gemeindevorsteher Wilbrod (USPD.) gilt hier im Ort infolge der Kriegswirtschaft und von Vorkommnissen der neueren Zeit als fast kompromittiert. Unsere Genossen wie auch die Bürgerlichen lebten es deshalb ab, diesem Mann noch länger das Vertrauen als Gemeindevorsteher entgegenzubringen. Die Gemeindevortretung lebte die weitere Befolgung der beiden Arbeiterräte, die zugleich Gemeindevorsteher sind, ab. Der kommunale Arbeiterrat, aus dem Abtrübnis die Kommunisten ausgetreten sind, bleibt wie bisher bestehen, nur sollen die Funktionen ehrenamtlich sein.

## Groß-Berliner Lebensmittel.

Lichterfelde. 500 Gramm Karmelade (66,88), 250 Gramm ausländ. Weizenmehl (85), 500 Gramm Gersteweizen (42), Fleischweizen auf Vorkommnung.  
Neuhagen. 250 Gramm Weizenmehl (85). Vorausschicklich 250 Gramm Haferschlacke sowie Sonderverteilung für Kinder. In den hiesigen Verkaufsstellen freihändleriger Verkauf von Feigen und Vackpflaumen. Im früheren 3. Brotkommissionsbezirk 125 Gramm Käse.  
Stralow. Sonnabend, den 20. September 1910: 500 Gramm Trauben (70), 125 Gramm Reis und 125 Gramm Grieß (75), 300 Gramm Rübels (80). Abkühlte bis Mittwoch abgeben.  
Banlow. 300 Gramm Haferschlacke (70).  
Wilmersdorf. 10 Pfd. Kartoffeln. 250 Gramm Karmelade (84). Ohne Markenabgabe: Prima Fettheringe, Eier. 300 Gramm Teigwaren (81), 250 Gramm Weizenmehl (85), 250 Gramm ausländisches Kartoffelschlackemehl (80). — An Kinder, welche in der Zeit vom 1. Januar 1904 bis zum 16. 6. 1905 geboren sind, gegen Bezugschein, welche gegen Vorlage des Geburtszeugnisses in der Kartenausgabestelle in der Banow zu haben sind, 1 Dose Walzextrakt, Zwieback gegen Brotmarken in der Lebensmittelausgabe und in der Konsumgenossenschaft, 250 Gramm Auslands-Hülsenfrüchte (68) und 250 Gramm Weizenausgussmehl. Markenfrei: Prima ausländische Erbsen, amerik. Weizenmehl, Kartoffelschlackemehl, Spezialmehl, Alt-Glück. 250 Gramm Trauben, 125 Gramm Weizenmehl, 125 Gramm Reis (70), 250 Gramm Weizenmehl (85), 250 Gramm Hülsenfrüchte (80), 250 Gramm Karmelade (84), Jugendliche 250 Gramm Trauben (44). Freihändler: Beste Fettheringe (nicht tranig), Petroleum (fotocell Vorrat) beim Konsum und Waifisch. Bei den Schlachtern: Corned Beef oder Wachsenfleisch, Wittwisch von 2—6, Sonnabend von 8—1 und 4—7 Uhr. Frisches Gemüße, beste Fettheringe, beste Weizenmehl- und Weizenmehlsorten in Weißblechdosen sowie Vorrat. 1 Pfund Teigwaren für Kriegsbeschädigte von 50 Proz. und mehr. Karten im Lebensmittelamt gegen Vorlegung eines Ausweises. 2 Pfd. Zwieback, 1 Pfund Teigwaren für alte Leute über 60 Jahre gegen September-Abkühlte. Karten durch den Bezirksvorsteher. Voranmeldung auf 3 45, Nr. 81 (Mährische), Nr. 86 (250 Gramm Kartoffelschlackemehl), Nr. 75 (250 Gramm Trauben).  
Tahlem. Noch im Besitz der Bevölkerung befindliche Schlachte Verkauft kann bis einschließliche heute Montag in den bekannten Verkaufsstellen gegen Rückerstattung des gezahlten Betrages zurückgegeben werden.  
Tahlem. Vom 15. bis 21. September 250 Gramm Karmelade, 50 Gramm = 1 Suppenwürfel, 7 Pfund Kartoffeln. — Am 15. und 16. September 9—12 Uhr liegen im Gutshaus Reinholdstr. zur Ansicht aus. Preis für 1 m weißes Leinen, 80 cm breit, etwa 6 M.; für 1 m blau gestreiftes Leinen, 120 cm breit, etwa 10 M. Bestellungen werden sofort entgegengenommen.  
Koblenz. 1/2 Pfund ausländische Hülsenfrüchte, 81 M., 1/2 Pfund Hasenfüße, 41 M., 1/2 Pfund braune Erbsen 63 M., 1/2 Pfund Weizenmehl, 250 M., 1/2 Pfund Kartoffelschlackemehl, 140 M. Anmeldungen bis 17. September. Warenabgabe vom 19. September ab.  
Komm. Ausgabe neuer Hilfsmittelkarten an Kriegsbeschädigte mit 50 Proz. und mehr Erwerbsunfähigkeit gegen Vorlage der Ausweisakte Pfrieststraße 81, jeden Montag von 8—1 Uhr.

## Groß-Berliner Parteinahrichten.

18. Abteilung. Morgen, Dienstagabend, 7 Uhr, bei Fiedle, Rikauerstraße 5, Ede Grabenstraße, Versammlung der Bezirksführer und Vertrauensleute. Ausgabe der neuen Legitimationskarten. Erscheinen dringend erwünscht.  
33. Abt. Die Gewerkschaft für die Theaterbesetzung im Waldhalla-Theater am M. B. sind bis Mittwoch abzugeben beim Abteilungsleiter Carl Debitich, Swinemünder Str. 50 v. III, abends 5—8 1/2 Uhr.  
37. Abt. Frauenabend morgen, Dienstag, 7 1/2 Uhr, bei Duzenhof, Wilmersdorf Str. 36. Referent Genosse Dr. Engelhardt: „Hausliche Erziehung im sozialistischen Sinne.“

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbetroffenen und ehemaligen Kriegsteilnehmer Berlin (Ostn). Mittwoch, 7 1/2 Uhr, bei Heinrich, Große Frankfurter Str. 80, unterer Saal. Versammlung der Mitglieder des II. Bez. (Ostn). Gernatob Ehring vom N.-B. spricht über „Unser Reichsbund“. Gäste willkommen. — Kriegsbeschädigte der Geschäftskammer Spandau. Dienstag Nachmittags 4 Uhr Versammlung Germania-Säle, Spandau, Strehlow-Platz. Ausweis Lohnkarte.

## Gewerkschaftsbewegung

### Gaulkonferenz der Transportarbeiter.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hielt am Sonntag eine Gaulkonferenz für die Provinz Brandenburg (ausschließlich Berlin) ab. 47 Orte waren durch 12 Delegierte vertreten. Gebert erstattete den Tätigkeitsbericht des Gaulvorstandes. Der Bericht erstreckt sich auf den Zeitraum von sechs Jahren, denn seit dem 20. April 1913 ist infolge des Krieges keine Gaulkonferenz abgehalten worden. Von den 2581 Mitgliedern, die beim Ausbruch des Krieges im Gau vorhanden waren, sind 1722 zum Heere eingezogen worden. In der Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1918 wurden 8300 Mitglieder (darunter 2433 weibliche) neu aufgenommen. Nach der Revolution setzte eine rapide Entwicklung der Organisation ein. 20 neue Ortsvereinigungen wurden eingerichtet. Gegenwärtig hat der Gau 52 Ortsvereinigungen, deren Mitgliederzahl sich am Schluss des zweiten Quartals auf 12 240 belief. Bis jetzt ist sie auf rund 14 500 gestiegen. Der Redner sprach die Erwartung aus, daß die bevorstehende Entwicklung nicht ein Augenblicksversagen, sondern von ständiger Dauer sein werde. Er ging dann auf die infolge politischer Meinungsverschiedenheiten entstandenen Kämpfe in der Gewerkschaft ein und verwies auf eine von der Ortsverwaltung Brandenburg an alle Ortsvereinigungen des Verbandes versandte Resolution, welche die Politik der Führer verurteilt und zur Vereinhaltung des Verbandes aufzufordert. Demgegenüber empfahl der Redner eine Resolution, welche sich gegen die namentlich von Brandenburg und Berlin ausgehenden Anstrengungen, die Zerstückelungsversuche wieder, die aus politischen Gründen betriebene Mäßigkeit von Verbandsfunktionären verurteilt und dann fortsetzt:

Die Delegierten der Konferenz erklärten einstimmig, alles daran zu setzen, um keine Zerstückelung und keinen Versuch hierzu aufkommen zu lassen.

Die Konferenz spricht allen Funktionären, die lediglich ihre gewerkschaftliche Pflicht erfüllt haben, unbefürchtet welcher Parteirichtung im sozialistischen Leben der Einzelne angehöre, ihr volles Vertrauen aus und erklärt, daß für die Verbandsmittglieder die Beschlässe der Verbandsgeneralversammlung bindend und maßgebend sind.

Die Gaulkonferenz ersucht aber auch den Verbandsvorstand und den Verbandsausschuss, gegen diejenigen Mitglieder, die nachweislich durch ihr Verhalten den Verband schädigen, auf Grund des Statuts vorzugehen und ein weiteres Verweilen im Verbands nicht mehr zu dulden.

Weiter macht die Konferenz jedem einzelnen Funktionär zur Pflicht, für den Ausbau des Verbandes Sorge zutragen.

In der Diskussion wurde die Tätigkeit des Gaulverbandes eingehend besprochen und allgemein gebilligt. Es kam eine vollkommene Übereinstimmung in allen wesentlichen Punkten zum Ausdruck. Besonders wurde das Treiben der Gewerkschaftszersplitterergang entschieden verurteilt.

Die Resolution des Gaulverbandes wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Die Gegenstimmen richteten sich — wie die Diskussion ergab — lediglich gegen die Forderung auf Ausschluß der Verbandsbeschädigten.

Ein Antrag, sämtlich eine Gaulkonferenz abgehalten, wurde der allgemeinen Verbandskonferenz überlassen. — Ein Antrag, der einen Angestellten für Frankfurt a. O. fordert, und ein anderer, der die Zusammenlegung der hiesigen Rottdam und Kowabes wünscht, wurde dem Gaulverband überwiehen. Ebenso ein Antrag, der verlangt, daß ein Gaulvorsitzamtlich als Verwaltungsvorstand nach Kottbus ersetzt wird. Ein Antrag, noch eine Hilfskraft im Gaulverband anzustellen, wurde dem Verbandsvorstand überwiehen.

Darauf referierte Gebert über die Lohnbewegungen. Während der Kriegsjahre 1914—1918 wurden in 81 Betrieben mit 4697 Beschäftigten 80 Lohnbewegungen geführt. Vom 1. Januar



